



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

während Berlin den Weihnachtsbaum am Brandenburger Tor mit tausenden Lichtern schmückt und es dicke Flocken vom Himmel schneit, liegt der Haushalt der Ampelregierung um den Gefrierpunkt. Diese Woche war eigentlich als reguläre Haushaltswoche geplant. Das heißt, in dieser Woche hätte der Bundestag den Haushalt für das kommende Jahr 2024 beraten und verabschiedet. Nun wissen wir, dass es darum gar nicht gut bestellt ist, denn es fehlen Gelder im zweistelligen Milliardenbereich. Die Ampel hangelt sich weiter ohne klares und vor allem grundgesetzkonformes Konzept mit einer vernünftigen Prioritätensetzung. Daher wurde die Haushaltswoche verschoben. Wir dürfen gespannt sein, wann es soweit ist.

Ich möchte mich in dieser Ausgabe mit einigen Fragestellungen zum Haushalt beschäftigen, die ich sowohl in der medialen Debatte als auch vielen persönlichen Gesprächen und Zuschriften gestellt bekomme. Ich hoffe, damit etwas für Klarheit sorgen zu können. Das Land, die Menschen, die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und keinen ewig währenden Streit einer Regierung, die halbgare Ideen in Umlauf bringt. Der Bürger ist zurecht besorgt, denn er sieht die Unmengen an Ausgaben und die Konzeptlosigkeit der Regierung. Die Rede von Kanzler Scholz am Dienstag vor dem Bundestag hat diese Sorgen nicht wirklich zerstreuen können.

Neben dieser extrem festgefahrenen Situation und den vielen Konflikten, die weiter brennen oder schwelen, möchte ich uns allen aber dennoch wünschen, dass wir nun in der sich ankündigenden Weihnachtszeit innehalten. Durchatmen, uns am frühen Schnee erfreuen und die vielen Lichter und gemütlich erleuchteten Häuser als Einladung wahrnehmen, dass wir es ein ganzes Stück in der Hand haben, wie sehr wir uns das Herz schwer werden lassen. Es gibt auch so viel Schönes um uns und dafür bin ich dankbar.



## MYTHEN UND FAKTEN ZUR HAUSHALTSPOLITIK

### **1. Mythos: „Die Union hat aus nichtigem Anlass Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.“**

In einer Demokratie darf verfassungswidriges politisches Handeln nicht einfach hingenommen werden. Die Opposition hat die Verantwortung, das Regierungshandeln zu kontrollieren und gegebenenfalls das Bundesverfassungsgericht anzurufen, insbesondere bei Entscheidungen über die öffentlichen Haushalte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stufte den 2. Nachtragshaushalt 2021 als verfassungswidrig ein, da er rückwirkend Kredite für die Corona-Pandemie in den Klimaschutz umwidmete, im Jahr 2022 nachträglich verabschiedet wurde und eine neue Anrechnungspraxis von Sondervermögen auf die Nettokreditaufnahme vorsah. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte Verstöße gegen das Grundgesetz und erklärte den Haushalt der Ampel für nichtig. Das Urteil stärkt die Schuldenbremse im Interesse der Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Finanzen, da Notkredite letztendlich zurückgezahlt werden müssen. Die Überzeugung lautet: Aktuelle Probleme sollten nicht zu Lasten kommender Haushalte und Generationen gelöst werden.

### **2. Mythos: „Die Union hat gegen den Klimaschutz geklagt und verhindert nun wichtige Investitionen.“**

Klimaschutz darf nicht durch Verfassungsbruch erreicht werden. Die aktuelle Sperrung von Haushaltsmitteln für den Klimaschutz resultiert ausschließlich aus dem verfassungswidrigen Handeln der Ampel-Regierung. Die Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zielte nicht gegen den Klimaschutz, sondern gegen die Finanzierung durch die Ampel, besonders den 2. Nachtragshaushalt 2021 – eine Ansicht, die das Bundesverfassungsgericht bestätigte. Niedrigere Ausgaben für den Klimaschutz und den Industriestandort sind nicht zwangsläufig verbunden, wenn die Ampel angemessene finanzielle Prioritäten



setzt. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, staatliche Ausgaben zu reduzieren und Prioritäten so zu setzen, dass Klimaschutzinvestitionen nicht unter dem verfassungswidrigen Handeln der Ampel-Regierung leiden.

### **3. Mythos: „Die Union ist schuld, wenn die Wirtschaft einbricht.“**

Nach fast zwei Jahren im Amt sollte die Bundesregierung ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Bilanz übernehmen. Die konjunkturelle Entwicklung war vor und nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil schlecht. Im Gegensatz zur Ampel setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ein, unter anderem durch eine dringend notwendige Unternehmensteuerreform. Die Ampel agiert entgegengesetzt, wie der Normenkontrollrat kürzlich in seinem Bericht zu Bürokratielasten zeigte.

### **4. Mythos: „Die Union ist schuld, wenn im Winter die Energiepreise steigen.“**

Die Preisentwicklung im Winter ist derzeit nicht absehbar. Umso wichtiger wäre es, dass die Ampel die Energiehilfen auf eine verfassungsgemäße Grundlage stellen. Zusätzlich hat sich die Union immer für angebotserweiternde Maßnahmen eingesetzt, während die Ampel – insbesondere mit der Abstellung der Kernkraftwerke – das Angebot verknappt hat. Diese Angebotsverknappung treibt die Preise weiter hoch. Wenn also die Energiepreise im Winter steigen sollten, ist dies allein dem unzureichenden Handeln der Ampel zuzuschreiben.

### **5. Mythos: „In Deutschland gibt es wegen der Union einen Shutdown.“**

Das Bundesministerium der Finanzen hat angesichts der aktuell unklaren Lage verschiedene haushaltswirtschaftliche Sperren verhängt. Im Ergebnis sind im Bundeshaushalt 2023 und im Klima- und Transformationsfonds bisher nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen (also alle noch nicht genutzten Verbindungen für die Jahre 2024ff.) gesperrt. Das bedeutet, dass alle Vorhaben, die bereits begonnen wurden, sich rein auf das Jahr 2023 beziehen oder die einer Rechtsverpflichtung unterliegen, fortgeführt werden können. Mit einem „Shutdown“ hat diese Situation also nichts zu tun.

### **6. Mythos: „Ein Sondervermögen entspricht einem Bankkonto mit Guthaben, von dem nach und nach Ausgaben getätigt werden können.“**

Die in Rede stehenden Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“ und „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ sind in weiten Teilen schuldenfinanziert. Mit einem „Bankkonto mit Guthaben“ hat das nichts zu tun.

### **7. Mythos: „Die Union profiliert sich auf Kosten der Ampel und stürzt Deutschland in eine Staatskrise.“**

Die Ampel steht nicht über dem Grundgesetz. Es ist die Aufgabe der Opposition, das Regierungshandeln zu kritisieren und auf mögliche Verfassungsverstöße hinzuweisen, wie im Fall der Klage gegen den 2. Nachtragshaushalt 2021. Solche Urteile stärken die Demokratie, indem sie für eine funktionierende Gewaltenteilung und effektive Überprüfung des Regierungshandelns sorgen. Die Überraschung und fehlende Alternative der Ampel nach dem Urteil zeigt die chaotische Arbeitsweise dieser Bundesregierung.

### **8. Mythos: „Die Union ist destruktiv, macht keine Vorschläge und betreibt bei**

### **der Haushaltsaufstellung 2024 sogar Arbeitsverweigerung.“**

Als staatstragende Fraktion bringen wir als größte Oppositionsfraktion konstruktive Vorschläge ein, während die Ampel-Parteien in der Regierung Verantwortung tragen und Lösungen für ihre eigenen Probleme finden sollten. In dieser Legislaturperiode hat die Union mehr Anträge und Gesetzesentwürfe eingebracht als die Ampel. Obwohl keine unserer Vorschläge Zustimmung fanden, haben wir einer großen Zahl der Ampel-Initiativen – mit Änderungsvorschlägen – zugestimmt.

### **9. Mythos: „Die Schuldenbremse ist handwerklich schlecht gemacht. Sie verhindert Investitionen und verhindert eine adäquate Reaktion auf Konjunkturerinbrüche und Krisensituationen.“**

Die Schuldenbremse gewährleistet Generationengerechtigkeit und nachhaltige Staatsfinanzen, indem sie exzessive Staatsverschuldung verhindert. Sie ist anpassungsfähig und erlaubt in wirtschaftlich schwierigen Phasen automatisch höhere Verschuldung. Ausnahmen gelten für Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen. Dies ermöglicht angemessene Reaktionen, zwingt aber den Staat wie einen Privathaushalt, mit vorhandenen Mitteln auszukommen und Prioritäten zu setzen. Die Ampel hat sich dieser Verantwortung lange entzogen. Gedankenexperimente zu einem weiteren Sondervermögen „Klima/Transformation“ außerhalb der Schuldenbremse sind keine Alternative, da sie zusätzliche Schulden mit Belastungen für zukünftige Generationen bedeuten würden.

### **10. Mythos: „Der Investitionsbedarf ist so hoch, weil die Union über Jahre nicht die notwendigen Investitionen vorgenommen hat.“**

Die Union gestaltete über ein Jahrzehnt eine erfolgreiche Politik mit wachsender Wirtschaft, hoher Beschäftigung, steigenden Löhnen und ausgeglichenen Bundeshaushalten. Durch solide Haushaltspolitik sank die Staatsverschuldung seit 2012 kontinuierlich. Dies ermöglichte Unterstützungsmaßnahmen in Krisen und wichtige Zukunftsinvestitionen. Die Bundesinvestitionen wurden von 2005-2021 mehr als verdoppelt, was unter anderem zu einer Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2021 führte. Maßnahmen wie der Zukunftsfonds und Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) trieben Investitionen in Schlüsseltechnologien voran.

---



## GRUNDSATZURTEIL ZUM WAHLRECHT

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Grundsatzurteil zum Wahlrecht gefällt, betonend, dass im personalisierten Verhältniswahlrecht verfassungsgemäße Wege zur Begrenzung des Bundestags bestehen. Insbesondere weist es darauf hin, dass die Stärkung des personalen Elements ein legitimes Ziel ist, wodurch begrenzte Überhangmandate als verfassungsgemäß gelten. Hinsichtlich des von der Ampel durchgedrückten Wahlrechts von 2023 bestätigt das Urteil einen wichtigen Teil des konstruktiven Gegenvorschlags der Union – die Nicht-Ausgleichung von Überhangmandaten – als geeignet und verfassungsrechtlich zulässig. Die Ampel sollte nun ihre Wahlrechtsänderung überdenken, da sie zu einer erheblichen Nichtzuteilung von gewonnenen Wahlkreisen führen könnte. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht die Wahlrechtsreform der Ampel massiven verfassungsrechtlichen Zweifeln gegenüber. Wir fordern die Ampel auf, neue Verhandlungen mit der Union über ein faires und verfassungskonformes Wahlrecht zu führen.

[Mehr dazu...](#)

---



## DIE UKRAINE BRAUCHT UNSERE UNTERSTÜTZUNG

"As long as it takes" – in diesem Punkt sind sich die demokratischen Fraktionen im deutschen Bundestag einig, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht. Nach einem eindrucksvollen Gespräch mit drei Soldaten aus der Ukraine bin ich überzeugter denn je, dass dies allein nicht ausreicht. Es ist an der Zeit, dass die Prinzipien "So schnell wie möglich" und "So viel wie möglich" nicht nur in Worten, sondern auch in Taten umgesetzt werden. Auch jetzt mangelt es der Bundesregierung an einer kohärenten Strategie, um der Ukraine nachhaltig und bedarfsgerecht beizustehen. Die Ukraine braucht kein Mitleid, sondern Unterstützung.

---



## KLASSENFAHRTEN FÜR ALLE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER ERMÖGLICHEN

Der Jugendreisekongress hat wichtige Diskussionen über die Bedeutung von Klassenfahrten geführt, die für jede Schülerin und jeden Schüler zugänglich sein



sollten. Die Teilnahme an einer Klassenfahrt sollte nicht zur Ausgrenzung führen, sondern als essentieller Bestandteil der Bildung betrachtet werden – weit mehr als eine bloße Freizeitaktivität. Hervorgehoben wurde auch die Bedeutung von Klassenfahrten nach den Herausforderungen von COVID-19. Es ist so wichtig, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben und soziale Verbindungen zu stärken. Reisen verbindet.

Leider gibt es zu wenige wissenschaftliche Erkenntnisse über die Auswirkungen von Klassenfahrten. Daher ist ein dringender Forschungsauftrag erforderlich, um die positiven Effekte auf die Bildung und soziale Entwicklung der Schüler zu erfassen. Es wurde betont, dass andere Länder bereits regelmäßig solche Studien durchführen, und es ist an der Zeit, diesem Beispiel zu folgen.

Die Diskussionen machten auch deutlich, dass Lehrkräfte, die oft allein gelassen werden mit der Organisation, dringend mehr Unterstützung benötigen. Hier müssen Ressourcen bereitgestellt werden, um die Planung und Umsetzung zu erleichtern. Umso bedauerlicher, dass die Bundesregierung den Tourismus aus ihrer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung gestrichen hat. Eine völlig falsche Prioritätensetzung!

## MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



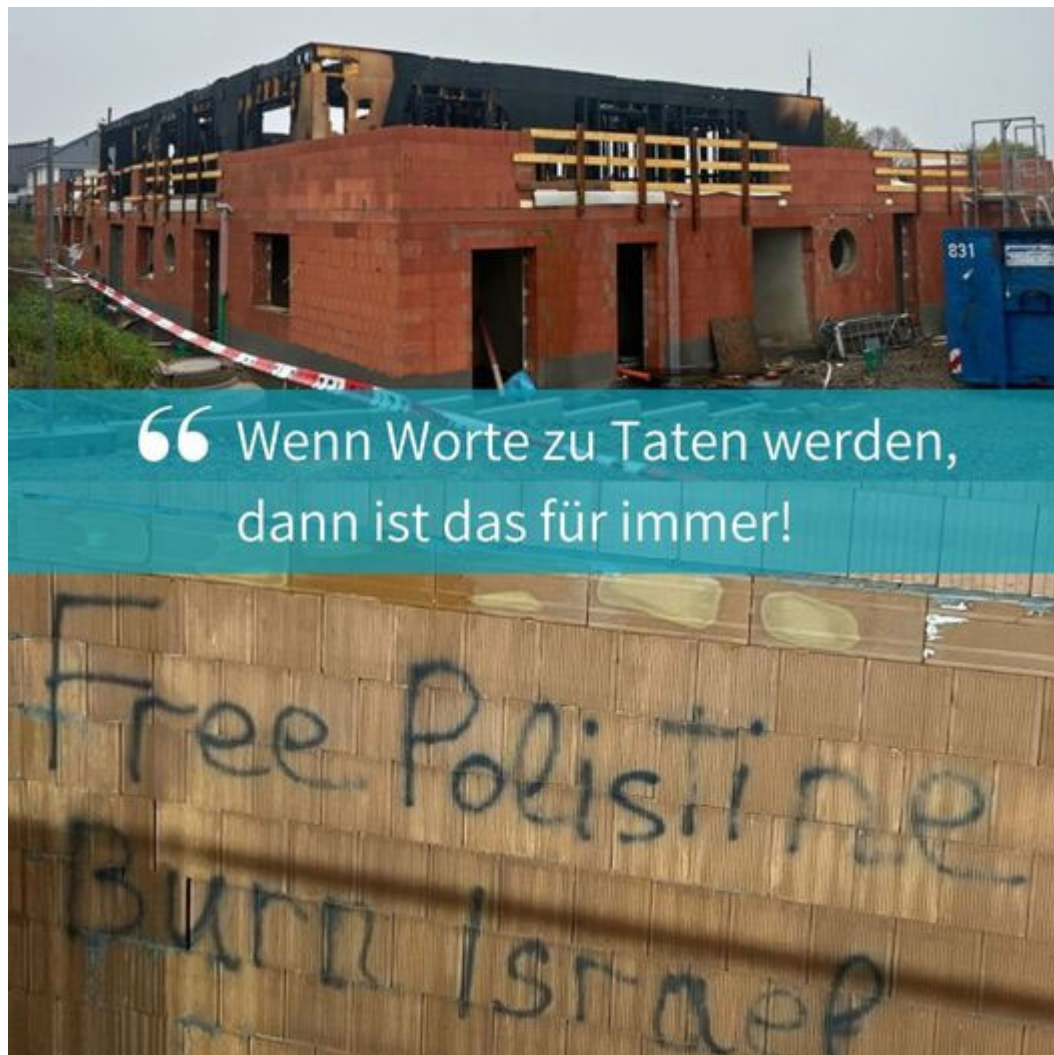
### HÄFNER & KRULLMANN - SPULENKOMPETENZ AUS LIPPE

Spulen für Angelschnüre, für 3D Drucker oder keimfreie Spulen für die Medizintechnik – das Sortiment der Häfner & Krullmann GmbH in Leopoldshöhe umfasst mehr als 1.400 Spulenvarianten. Für besondere Anforderungen werden eigens spezielle Modelle entwickelt. Mit Innovationsfreude, Mut und einem kompetenten Team wollen die Chefs Manfred und Jan Häfner die 90-jährige Tradition des erfolgreichen Familienbetriebs, seine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bewahren.

Heute handeln für den Erfolg von morgen! Die Devise zeichnet den deutschen Mittelstand aus – bisher. Denn Firmen wie Häfner fühlen sich zunehmend

ausgebremst durch Bürokratie, Verbote und Regulierungen von EU, Bund und Ländern bis in die Kommunen hinein. Mittlerweile ist dies Hauptthema in allen Gesprächen, die ich mit der Wirtschaft führe, und stets heißt es: Es ist Aufgabe der Politik, hier gegenzusteuern. Weil das stimmt, haben CDU und CSU im Bundestag jetzt konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau beantragt (Drucksache 20/8856). Denn: ein funktionierender Bürokratieabbau wäre ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Wann startet die Ampel damit?

---



## KITAROHBAU IN BAD SALZUFLEN BRENNT

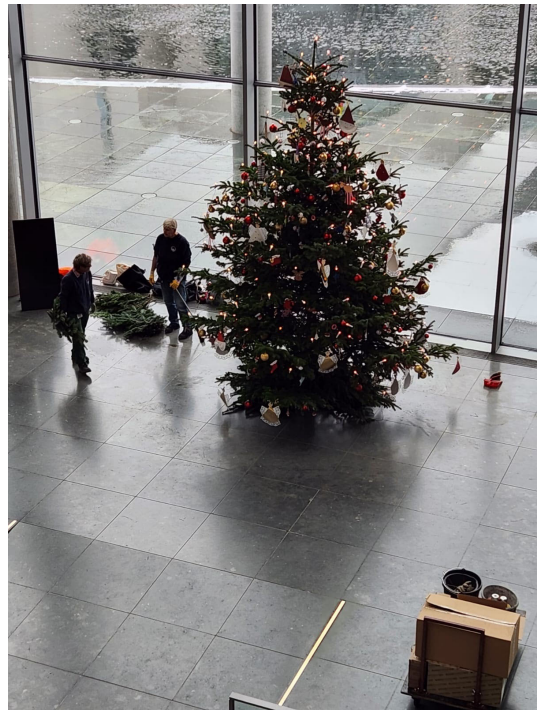
Der Staatsschutz ermittelt, weil ein israelfeindlicher und pro-palästinensischer Schriftzug an der Außenwand entdeckt wurde. Das macht fassungslos und ich hoffe sehr, dass die Hintergründe rasch aufgeklärt werden.

Aufrufe zu israelfeindlicher Hetze, zu Hass und Gewalt, wie hier in Bad Salzuflen, haben ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Wir dürfen das nicht schweigend hinnehmen. Unsere Verantwortung gegenüber jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen verpflichtet uns alle, die Gesellschaft insgesamt und unseren demokratischen Rechtsstaat.

Wenn Worte zu Taten werden, dann ist das für immer!

---









---

## Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den [Wahlkreis 135](#) und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen [über mich](#), meine [Arbeit in Berlin](#) und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.

---



Teilen



Weiterleiten



---

*Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.*

**Datenschutzhinweis:**

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

